

Amts- und Anzeigeblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Besuchspreis vierteljährl. Mit. 2.80 einschließlich des „Blattes Unterhaltungsblattes“ in der Geschäftsstelle, bei unseren Soden sowie bei allen Reichspostbeamten. — Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag.

Die Blätter erscheinen — ausser über besonderen Anordnungen des Ministers der Zeitung, der Dienststellen oder der Sicherheitsbehörden — bei der Post oder durch Auftrag auf Sicherung oder Absicherung der Zeitung eben auf Rücksicht auf die Verwendung bei demselben.

Vgl. Abt.: Amtsblatt.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberküllengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sosa, Unterküllengrün, Wildenthal usw.

Berantwort. Schriftleiter, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

66. Jahrgang.

M 103.

Mittwoch, den 7. Mai

1919.

Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Johannes Hüttel, Kommanditgesellschaft in Eibenstock, wird hierdurch aufgehoben, nachdem der im Vergleichstermine vom 14. März 1919 angenommene Zwangsvergleich durch rechtskräftigen Beschluss vom 14. März 1919 bestätigt worden ist.

Eibenstock, den 3. Mai 1919.

Das Amtsgericht.

Borarbeiten zur Straßenverlegung.

Die staatliche Straßenbauverwaltung beabsichtigt, für die geplante Verlegung der Staatsstraße Eibenstock — Auersbach am sogenannten Buchberg von der Bahnhofstraße über Conradshöhe — Fuchsau nach dem Rothensteine Vorarbeiten in der Natur vornehmen zu lassen.

Die Besitzer der in Frage kommenden Grundstücke haben das Betreten ihrer Grundstücke durch die mit Ausweis versehenen Beamten zu dulden und die Abstechungen und sonstige angebrachte Merkmale zu schonen.

Unbefugtes Entfernen von ausgeschlagenen Pfählen und Merkzeichen ist strafbar.

Eibenstock, den 2. Mai 1919.

Der Stadtrat.

Hans Georg Gläß

hat anstelle des für ihn am 27. März 1913 ausgestellten Arbeitsbuches Nr. 42 ein neues Arbeitsbuch ausgestellt bekommen.

Um Missbrauch zu verhindern, wird dies hiermit bekannt gemacht.

Eibenstock, am 5. Mai 1919.

Der Stadtrat.

Die Überreichung des Friedensvertrages.

Versailles, 5. Mai. Auf die Anfrage der deutschen Delegation, wann die Friedensdokumente überreicht werden würden, ist heute nachmittag die Antwort eingegangen, daß die Überreichung am Mittwoch, den 7. Mai, nachmittags 3 Uhr im Trianon-Palast stattfinden werde.

(W. T. B.)

Der Friedensvertrag.

Von den fünf Männern, die jetzt in Versailles über den Frieden entscheiden sollen, ist nur ein einziger Berufsdiplomat, nämlich der deutsche Reichsminister des Auswärtigen, Graf Brodorff-Fan zug. Der nordamerikanische Präsident Wilson ist ursprünglich Hochschulprofessor gewesen, wenn er seit fünf Jahren sich als Oberhaupt der Vereinigten Staaten auch viel mit der internationalen Politik beschäftigen müßte, so fehlen ihm doch alle persönlichen Erfahrungen darin, er hat sich auf das verlassen müssen, was andere ihm gesagt haben, und auf seine persönlichen Eindrücke aus der neuesten Zeit. Daß diese in der bewegten Kriegszeit nicht unparteiisch gewesen sein könnten, ist naheliegend. In derselben Lage sind die übrigen Vertreter der Entente. Der Franzose Clemenceau, von Beruf Arzt, war Parteipolitiker, dessen Haupttätigkeit in der Beseitigung seiner innerpolitischen Gegner bestand. Deutschland kannte er nicht, hatte aber gegen uns die traditionelle Abneigung vieler Franzosen. Er war Chauvinist und gönnte dem deutschen Reich keine Blüte nicht. Ebenso stand der englische Konsul Lloyd George da, dessen innerpolitische Ministerlaufbahn der Bekämpfung der aristokratischen Privilegien in England galt. Seine deutschfeindliche Haltung war ihm Hilfsmittel in seiner politischen Laufbahn. Der italienische Ministerpräsident und frühere Adrosat Orlando, gleichfalls nur Heimpolitischer, verfolgt auf dem Gebiete des Auswärtigen die italienischen Eroberungsziele, die sich auf österreichischen Landesgrenzen erstreckten. Gegen Deutschland kann er keine politische Antipathie haben.

Diese fünf Männer sind die leitenden Personen für die Friedenserhandlungen, die Entscheidung steht schließlich bei Wilson. Die Zumutung an Deutschland, die Hauptbedingungen ohne weiteres anzunehmen, steht im Widerspruch mit allem diplomatischen Herkommen, das wenigstens für harte Forderungen die äußere Form wahren wollte. Es ist schon daraus zu erkennen, daß die Entente-Vertreter keine Lehrzeit in der internationalen Politik durchgemacht haben. Sie würden sonst aus den Erfahrungen als erstes Gebot der Staatskunst ermittelt haben, daß man die Zukunft sich nicht verbauen,

sondern sich freie Wege offen halten soll. Darum denkt die Entente nicht, sie huldigt nur der Kriegs- und Politik der Gegenwart und hat auch den Präsidenten Wilson mit seinen Verjährungsverschlägen in die Ecke gedrängt. Diese politische Triebfeder ist für kommende Möglichkeiten äußerst gefährlich, das merken auch die neutralen Staaten. Denn der Weltkrieg mit seinen großen Opfern hat die politische Begehrlichkeit durchaus nicht eingeschränkt, und man merkt nichts davon, daß alle Staaten völlig kriegsmüde sind. Jedenfalls wird man nirgendwo Deutschlands Beispiel folgen und allgemein abschlafen.

Die Gegner sagen, es müsse heute anders als sonst beim Friedensschluß gehandelt werden, weil ein so furchtbare Krieg wie der Weltkrieg noch nicht da war. Schlimmer als der Krieg war aber der feindliche Vernichtungswille, denn nur dieser ist es gewesen, der dem Krieg seine Dauer gegeben hat. Das Siegreiche Deutschland hatte schon im Dezember 1918 Friedensverhandlungen angeboten, aber sie sind glatt abgelehnt worden. Ebenso die späteren erneuten Anträge. Die Schuld für die Kriegsverlängerung lag also ebenso wenig bei uns, wie bei uns die Kriegsurache gelegen hat. Das soeben veröffentlichte Buch des früheren Staatssekretärs v. Jagow über die Kriegsurache entkräftet ja schlagend die Behauptung, daß Deutschland das österreichische Ultimatum an Serbien vom 22. Juli 1914 absichtlich in eine unannehbare Form habe bringen lassen, um den Krieg unvermeidlich zu machen. Im Gegenteil haben die deutschen Staatsmänner (Reichskanzler von Bethmann-Hollweg und Staatssekretär von Jagow) das österreichische Ultimatum an Serbien für reichlich scharf erklärt und es nur abgelehnt, die verbündete habsburgische Monarchie einem vorurteilsschönen Schiedsgericht auszusetzen. Die deutsche Diplomatie hat es schwer, gegen den Habsburgismus der Gegner aufzukommen. Aber die Gewissheit, daß es sich um die Zukunftsfreiheit der ganzen Welt handelt, wird ihre Kräfte stärken gegen Einseitigkeit und Gewalt.

Wm.

Finanzlage und Kriegsentschädigung.

In einer vor der Berliner Handelskammer veranstalteten Versammlung sprach der neue Reichsfinanzminister Dr. Dernburg über das Thema „Finanzlage und Kriegsentschädigung“.

Der Minister führte den Nachweis, daß die Belastung unseres Reichsatzes mit eigenen Verpflichtungen zu groß sei, als daß wir noch die Bezeichnung und Tilgung einer Kriegsentschädigung von 125 Milliarden Francs, von der in der ausländischen Presse die Rede war, auf uns nehmen könnten. Wenn unsere Gegner, deren Finanzlage, wie Dernburg meinte, auch nicht viel besser sei als die unsrige, die Entwicklung der Zustände, wie sie sich seit Abschluß des Waffenstillstandes in Deutschland gestal-

Anzeigenpreis: die Neinspaltige Seite 20 Pf.

Im Reklameteil die Seite 50 Pf.

Im amtlichen Teile die gespaltene Seite 50 Pf.

Ausnahme der Anzeigen bis spätestens vormittags

10 Uhr, für größere Tage vorher.

Die Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am nächsten oder am vorgezeichneten Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben,

ebenso wenig für die Richtigkeit der durch An-

sprecher aufgegebenen Anzeigen.

Fernsprecher Nr. 110.

Ausgabe von Strickarbeiten

Mittwoch, den 7. d. M., vormittags 9—11 und nachmittags 2—5 Uhr.
Da bloß noch ein kleiner Posten Garn vorrätig ist, können jeder Strickerin nur die zu einem Paar Soden notwendigen Garne ausgehändigt werden.

Eibenstock, den 3. Mai 1919.

Der Stadtrat.

Städtischer Lebensmittelverkauf.

Auf Marke L 4 kommt außer 60 g Margarine 50 g Schmalz zu 58 Pf. zum Verkauf. Buschlagsmarken für Fleisch und stillende Mütter werden nicht beliebt.

Rußholzversteigerung. Auersberger Staatsforstrevier.

Gasthof „Carlshof“ in Schönheiderhammer,

Donnerstag, den 15. Mai 1919, nachm. 1 Uhr:

254 w.	Stämme	10—15 cm stark.	434 w.	Stämme	16—19 cm stark.
291	"	20 u. m. "	12049	"	Olöthe 7—15 "
6717	"	16—22 "	4687	"	28 u. m. "
317	"	Derbstangen 7—15 "	18	im w.	Rußknüppel in Abt. 29
51, 61, 63 u. 71	(Rohrlöhne),	38, 39, 62, 68, 69 u. 70	(Durchforstungen).		

Forstrevierverwaltung Auersberg.

Forstamt Eibenstock.

tet haben, rückbauend verfolgen, werden sie erkennen müssen, daß sie selber durch die Fortsetzung der Blockade, die Entziehung der Transportmittel, die Rikolierung von Lebensmitteln, die wirtschaftliche Abschnürung der besetzten Gebiete vom übrigen Deutschland in sehr erheblichem Umfang dazu beigetragen haben, Deutschland in seiner Produktivität und Arbeitsfähigkeit zu schwächen und somit ihre eigenen Forderungen gegen dieses Deutschland zu entwerten. Dieser Situation gegenüber habe es keinen Zweck, sich, wie das unsere Gegner tun, auf die bekannte hoffnungslose Schädigung des deutschen Volksvermögens zu beufen und zu sagen, daß Deutschland von den 310 bis 315 Milliarden Mark, die es dann bezieht, ruhig einen annehmbaren Teil hergeben könnte. Die hoffnungslose Zahl sei schon für den Frieden mit großer Tapferkeit zu beurteilen gewesen, die im Kriege eingetretene Herabwertschätzung vieler Produktionsmittel habe den Substanzwert unseres gesamten Volksvermögens gewaltig geschmälert, wenn auch die Einzelvermögen infolge der Geldentwertung vielleicht nominell gestiegen seien. Dieses sogenannte Volksvermögen sei aber totes Kapital, wenn nicht die Arbeit hinter ihm steht, und es fruchtbar und rentenbringend mache. Das mögen sich diejenigen Schichten der deutschen Bevölkerung gesagt sein lassen, die es heute weder als eine Freude noch als eine Ehre betrachten, zu arbeiten und ihre erhöhten Lohnforderungen durch produktive Leistungen zu rechtfertigen. Das müsse auch die Entente erkennen; sie können aus Deutschland nur durch Gewährung von Krediten für unsere Lebensmittel- und Rohstoffversorgung etwas herausholen.

In diesem Rahmen der auswärtigen Finanzpolitik zeichnete Dr. Dernburg ein ungeahntes Bild unserer finanziellen Situation. Im Frieden hatten wir 230 Millionen Zinsen jährlich zu leisten; jetzt müssen wir eine Kriegsschuld von 185 Milliarden in Ansatz bringen, was ohne Tilgung eine jährliche Zinslast von 9248 Millionen Mark bedingt. Dann sollen die Eisenbahnen vereinigt werden, was nur gegen Übernahme der preußischen Eisenbahnschuld auf das Reich möglich ist. So kam Dernburg, während sein Vorgänger Schäffer die zu deckenden Jahresbedürfnisse des Reiches auf rund 14 Milliarden Mark veranschlagte, auf 17½ Milliarden Mark.

Die Forderungen für das Reich, die Bundesstaaten und Kommunen zusammen, die für die Anspannung der Steuerkraft ausschlaggebend seien, bezifferte Dernburg auf 23 Milliarden jährlich gegen rund 19 Milliarden, die Schäffer im Dezember normiert hatte. Die Forderungen unserer Gegner sind bei allem noch nicht berücksichtigt, sondern müssen auf den gewaltigen Schuldenberg noch hinaufgelegt werden.

Bisher hat das Reich nur für 7 Milliarden seiner Mehrausgaben Deckung durch ausgearbei-